

BERLIN

Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum II)

Liebe Leserinnen und Leser!

Beim Fischer-Besuch in Washington wurde deutlich, wie tiefgehend die Beschädigung der transatlantischen Beziehungen ist: Wann hat es das zuletzt gegeben, dass sich ein deutscher Außenminister in Washington mit einem halbstündigen Treffen mit seinem Amtskollegen begnügen muss, während zugleich anhaltend darüber spekuliert wird, ob der US-Präsident beim bevorstehenden NATO-Gipfel in Prag bereit sein wird, dem Bundeskanzler wenigstens die Hand zu drücken?!

Auch Minister Schily durfte zwar zwecks effizienterer Terror-Abwehr Arbeitsbesprechungen mit dem FBI und der CIA abhalten, aber bekam keinen Termin bei US-Regierungsmitgliedern. Der eifertige Vorstoß der Bundesregierung zur baldigen Aufnahme der Türkei in die EU ist hingegen schon nach wenigen Tagen seiner Glaubwürdigkeit entkleidet worden. Gerhard Schröder redete in der Regierungserklärung zwar lang über Europa, aber sagte kein Wort zur Türkei. Und das Wahlergebnis in Ankara vom vergangenen Wochenende zeigt Illusionisten wie Kompensationsgeschäftlern, wie ungeklärt die zukünftige europäische Ausrichtung der Türkei tatsächlich ist.

IF

Ingrid Fischbach

In dieser Ausgabe

Die politische Lage in Deutschland	...S.2
Diese Woche im Parlament	...S.4
Daten und Fakten	...S.5



Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074
Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

Die politische Lage in Deutschland



I. Nachbessern bei Gesundheit und Rente

►► Super-Ministerin Ulla Schmidt hat nach zwei Wochen im Amt bereits eine dreifache Niederlage einstecken müssen:

Die Versicherungspflichtgrenze in der GKV wird zwar etwas weniger stark angehoben, aber soll nun für fast alle Versicherten gelten, nicht nur für die Neuzugänge auf dem Arbeitsmarkt, weil die gesetzlichen Krankenkassen sofort erhebliche Zusatzeinnahmen benötigen.

Der Versuch, die Beitragssätze einzufrieren, zeigt, dass die Koalition ihren eigenen Sparmaßnahmen nicht traut, denn sonst hätte diese Zwangsmaßnahme eigentlich überflüssig sein müssen.

Mit den nachgeschobenen Ausnahmebestimmungen für „Noterhöhungen“ hat dann die Ministerin den protestierenden Kassen wiederum genau die Hintertür geöffnet, die sie wenige Tage zuvor noch verschließen wollte.

Das Durcheinander bei der **Gesundheit** wird noch getoppt durch den fortgesetzten Wahlbetrug bei der **Rente**. Die Steigerung des Rentenbeitragssatzes auf 19,5 % bedeutet nicht nur eine weitere Niederlage für die Grünen, sondern auch den Beginn der Auflösung des Koalitionsvertrages – nur drei Wochen nach seiner Verabschiedung.

Die Rentenfinanzierung durch die Ökosteuer hat erkennbar ihren Zweck, die Senkung der Beiträge, verfehlt und den zugrunde liegenden Systemfehler offenbart. Nun steigen sowohl die Beiträge als auch die Ökosteuer. Durch die zusätzliche steuerliche Belastung des Erdgases gilt: Nach dem „Rasen für die Rente“ kommt das „Heizen für die Rente“! Je kälter der Winter, desto sicherer die Altersvorsorge. Ein ganz neues, überzeugendes Argument für die Bekämpfung des Treibhauseffektes !

Noch deutlicher wird das Scheitern der rot-grünen Rentenpolitik durch die Ankündigung einer neuen Rentenreform-Kommission. Aus der Regierung verlautbart, die Riester-Rente sei nun doch nur der „*Einstieg in eine Reform*“ gewesen (dpa 4.11.02). Wir erinnern uns: Im letzten Jahr wurde die Riester-Rente als „Jahrhundertreform“ ausgerufen. <<<



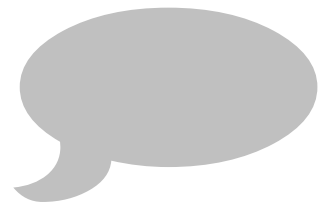
II. Alle rot-grünen Hoffnungen ruhen auf Hartz

▶▶▶ Nach der Vorstellung der Koalition soll das **Hartz-Konzept** die Haushalte 2003-2006 sanieren, die Rente und die Gesundheit stabilisieren, die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung ermöglichen, das Wirtschaftswachstum ankurbeln und den Kommunen die Gelder für die Kinderbetreuung in die Kassen spülen. Aber schon sechs Tage nach dem ersten Auftritt von Superminister Clement ist die finanzielle Basis erodiert und die Eins-zu-Eins-Umsetzung des Konzepts gescheitert:

- Die Leiharbeiter der Personal-Service-Agenturen dürfen nun doch nur nach Tariflohn der Entleiher-Branche beschäftigt werden. Die Entlohnung auf dem Niveau des Arbeitslosengeldes in den ersten sechs Monaten wurde auf Druck der Gewerkschaften gestrichen.

Die Clement'schen Kürzungen bei der Arbeitslosenhilfe

- wurden teilweise wieder zurückgenommen. Nun fehlen 600 Mio. Euro Einsparsumme.
- BA-Chef Gerster meldet ein Defizit der BA von 4,5 bis 4,8 Mrd. Euro für 2002. Niemand weiß, wie ca. weitere 6 Mrd. Euro in 2003 eingespart und gleichzeitig das Geld für die Errichtung der PSA's, die Subventionierung der haushaltsnahen 500-Euro-Jobs, der Ich-AG's, der Arbeitslosenversicherungs-Beiträge der Älteren, des Bonussystems für einstellende Betriebe und auch noch die Einführung des JUMP-Plus-Programm aufgetrieben werden soll. <<<



Spruch der Woche

“Es besteht die Gefahr, dass aus dem Sanierungs- ein Konkursfall wird.”

Kajo Neukirchen,

*Chef von MG Technologies,
zum Regierungsprogramm
von Rot-Grün*

Diese Woche im Parlament



I. Aktuelle Stunde

►► Die CDU-Fraktion hat beantragt, die **Auswirkungen der finanz- und gesellschaftspolitischen Vorhaben der Bundesregierung auf die Familien** zum Thema einer Aktuellen Stunde am Mittwoch zu machen. Es galt, die Behauptung der Bundesregierung, den Familien gelte ihre besondere politische Fürsorge, zu widerlegen. Dafür boten die konkreten Pläne der Regierung, von der Eigenheimzulage über die Ökosteuer, die Sozialbeiträge, das stagnierende Kindergeld bis zur fehlenden Finanzierung der Kinderbetreuung genügend Nachweismöglichkeiten. Das entlarvende Wort von der „*Lufthoheit über den Kinderbetten*“ (SPD-Generalsekretär Scholz) blieb nicht unwidersprochen.

(Während dieser Aktuellen Stunde konnte ich in der neuen Legislaturperiode zum ersten mal reden. Den Text meiner Rede können Sie auf Wunsch über mein Büro erhalten.) ◀◀

II. Debatte

►► Der Bundestag debattierte über die **Verlängerung des Bundeswehreinsetzes im Rahmen von „Enduring Freedom“**. Wir forderten ein hinreichend präzises Mandat, das der aktuellen Bedrohungssituation durch den internationalen Terrorismus ebenso Rechnung trägt wie den Fähigkeiten und der Ausstattungssituation der Bundeswehr. Von der Bundesregierung erwarten wir vor allem eine Klarstellung des künftigen Auftrags der in Kuwait stationierten ABC-Spürpanzer. ◀◀

III. Gesetzentwurf

►► In dieser Woche brachten wir den Entwurf für ein **Gesetz zum Schutz der Bevölkerung vor schweren Straftaten** ein. Damit soll die Bundesregierung an ihren eigenen Ankündigungen gemessen werden.

Die wesentlichen Elemente:

- Nachträgliche Sicherungsverwahrung, um Sexualstraftäter, deren andauernde Gefährlichkeit sich erst in der Haft zeigt, auch nach Verbüßen der Freiheitsstrafe von weiteren Verbrechen abhalten zu können.
- Strafverschärfungen bei Kindesmissbrauch und Kinderpornographie
- Erweiterung der Möglichkeit, die DNA-Daten von Ersttätern zu speichern, um die Identifizierung der Täter bei weiteren Straftaten sicherzustellen und zugleich wirksamer vor Wiederholungstaten abzuschrecken.
- Möglichkeit der Sicherungsverwahrung bei Heranwachsenden, sofern Erwachsenenstrafrecht zur Anwendung kommt <<<



Daten und Fakten

I. Wachstumsprognosen weiter im Rückwärtsgang

▶▶▶ Jetzt hat auch der Internationale Währungsfonds (IWF) seine Konjunkturprognosen für 2002 und 2003 nach unten korrigiert. Für Deutschland wird ein Wachstum von 0,5% in diesem und 1,75% im nächsten Jahr erwartet.

Für die Euro-Zone sieht es besser aus: Für 2002 werden plus 0,75% und für 2003 plus 2% vorausgesagt. Der IWF-Bericht rügt ausdrücklich die mangelnde Haushaltsdisziplin in Deutschland, Frankreich und Italien. (Quelle: Reuters 29.10.2002) <<<

II. Auftragsplus im Maschinenbau – aber Inlandsorder im Minus

▶▶▶ Wenigstens eine gute Nachricht aus der deutschen Wirtschaft: Im September verzeichneten die deutschen Maschinen- und Anlagenbauer ein deutliches Plus von 22% im



Wußten Sie schon,

... dass in den vergangenen zwei Jahren die 714 Auslandsdienstreisen der Bundestagsabgeordneten 3,84 Millionen Euro kosteten? In der gesamten vergangenen Legislaturperiode fielen 1143 Auslandsreisen an, 153 mehr als in den vier Jahren zuvor.

Vergleich zum Vorjahresmonat. Allerdings wird das gute Ergebnis durch einige Großaufträge verzerrt.

In dem von kurzfristigen Schwankungen weniger stark beeinflussten Dreimonatszeitraum Juli bis September lag das Plus bei 6%, das allerdings nur durch den Export erzielt wurde. Die Inlandsaufträge gingen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 2% zurück. (Quelle: AP 30.10.2002) <<<



III. Mitgliederentwicklung in der Krankversicherung

▶▶ Immer mehr Versicherte wandern in die günstigen Betriebskrankenkassen (BKK) oder versichern sich privat. Während die Allgemeinen Ortskrankenkassen (AOK) mit derzeit knapp 19 Millionen Mitgliedern seit 1997 über zwei Millionen Versicherte verloren haben, konnten die BKK ihre Mitgliederzahl um fast vier Millionen auf heute 9,4 Millionen steigern.

Positiv auch der Trend bei den Privaten Krankenversicherungen: In den vergangenen fünf Jahren konnten sie ihre Mitgliederzahl um rund 750.000 auf 7,8 Millionen steigern. (Quelle: dpa 31.10.2002) <<<

IV. Zahl der Aktionäre rückläufig

▶▶ Innerhalb von nur einem Jahr ist die Zahl der Aktionäre in Deutschland um fast zwei Millionen zurückgegangen. Während im ersten Halbjahr 2001 noch 13,5 Millionen Anleger Aktien besaßen, waren es im ersten Halbjahr 2002 nur noch 11,6 Millionen. (Quelle: dpa 30.10.2002) <<<

VI. UN-Zahlen zur weltweiten Migration

▶▶ Laut einer aktuellen Studie der UN hat sich die Zahl der Migranten seit 1975 mehr als verdoppelt. Demnach leben derzeit rund 175 Millionen Menschen nicht in ihrem Herkunftsland. Die meisten Menschen zogen nach Europa – insgesamt 65 Millionen. Die größte Zuwanderung hatten Deutschland, Frankreich und Großbritannien zu verzeichnen. (Quelle: AP 29.10.2002) <<<



... das Allerletzte!

Allein zwischen 1984 und 1999 sank die in den Tarifverträgen vereinbarte Arbeitszeit im Schnitt von 40 auf 37,4 Wochenstunden. Tatsächlich aber stieg die wöchentliche Arbeitszeit zwischen 1984 und 1999 von 43,7 auf 44,6 Stunden. Vorreiter der Arbeitszeitverkürzung war die IG Metall, die in den Fünfzigerjahren die Samstagsarbeit abschaffen wollte und 1984 erstmals die Einführung der 35-Stunden-Woche forderte.